

**Aufforderung zur Abgabe eines Angebots**  
**über Dienstleistungen im Projekt HSI Netzwerkkoordination**  
**im Rahmen einer öffentlichen Ausschreibung**

Auftraggeber: HSI-Netzwerkkoordination Potsdam GbR  
Anschrift: Hegelalle 15, 14467 Potsdam  
Telefon: 0331 / 20 14 89 - 22  
Email: claudia.moeller@hsi-zabih.de

Ansprechpartner und  
Informationen: Claudia Möller

**Gegenstand der Ausschreibung**

Die HSI-Netzwerkkoordination Potsdam GbR ist Trägerin des Projektes "HSI Netzwerkkoordination" im Rahmen der Richtlinie des Ministeriums der Justiz und für Europa und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg zur Förderung der Haftvermeidung durch soziale Integration (HSI) vom 15. September 2017. Die Förderung erfolgt aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) und des Landes.

Ziel der Richtlinie ist eine arbeitsmarktliche und soziale Integration in Arbeit und Ausbildung von Strafgefangenen, jungen haftgefährdeten Straftätern, Haftentlassenen sowie zu Geldstrafe Verurteilten, die zur Abwendung der Ersatzfreiheitsstrafe gemeinnützige Arbeiten verrichten. Die Arbeitsmarktchancen der Zielgruppen sollen durch ein verbessertes Übergangsmanagement, die Förderung von Beschäftigung statt Strafe sowie die Entwicklung von Lebens- und Arbeitsperspektiven mit straffällig gewordenen Jugendlichen und Heranwachsenden durch integrations- und berufsfördernde Maßnahmen erhöht werden. Gefördert werden Projekte in den Projektfeldern Anlauf- und Beratungsstellen, Arbeit statt Strafe, sozialpädagogische und berufsorientierende ambulante Angebote für Jugendliche und Heranwachsende sowie die Koordination und fachliche Unterstützung der Umsetzenden in den drei operativen Projektfeldern.

Die Netzwerkkoordination initiiert und unterstützt das Zusammenwirken der HSI Partner mit den für die soziale Integration relevanten Akteuren und sorgt durch geeignete Maßnahmen für eine Verknüpfung der HSI Projektfelder. Die Koordination ist Katalysator für die strukturelle und methodische Konsolidierung und Weiterentwicklung der Beratungs- und Vermittlungsarbeit, die regionale und überregionale Kooperation und Vernetzung, für das HSI spezifische Controlling, die Qualitätssicherung und -entwicklung sowie für die Öffentlichkeitsarbeit. Die Maßnahmen und Aktivitäten werden in enger Abstimmung mit dem

Ministerium der Justiz und für Europa und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg geplant und umgesetzt.

Entsprechend den ESF Fördergrundsätzen des Landes Brandenburgs sind Leistungen auf Honorarbasis für die Durchführung im Rahmen einer zweitägigen Basisschulung für die Weiterbildung der HSI Mitarbeitenden am 23./24.10.2019 zu vergeben.

### **Thema: "Professioneller Umgang mit Gewalt und Aggression"**

Gewalt und Aggression im alltäglichen Leben rücken nicht nur in den Medien und der Öffentlichkeit zunehmend ins Zentrum der Aufmerksamkeit, sondern werden auch in verschiedenen Feldern der sozialen Arbeit reflektiert. Hier richtet sich der Fokus darauf, welche Möglichkeiten Mitarbeitende haben, herausfordernde Situationen und Konfliktsituationen möglichst präventiv zu vermeiden. Hier liegt auch der Fokus der geplanten Weiterbildung.

Ziel ist es, den Teilnehmenden Kompetenzen zur Vermeidung von Gewalt und Aggression im Umgang mit Klienten und Klientinnen zu vermitteln. Die Teilnehmenden sollen kontrolliert und entspannt Maßnahmen der Deeskalation in unterschiedlichen Situationen ihrer praktischen Arbeit anwenden können.

In der Basisschulung im Umgang mit Gewalt und Aggression sollen Handlungsmöglichkeiten und interventive Methoden vorgestellt und eingeübt werden, wobei der rechtliche Rahmen zu berücksichtigen ist.

### **Leistungsbeschreibung:**

- Planung und Durchführung einer zweitägigen Weiterbildung
- Durchführung am 23. und 24. Oktober 2019 in Potsdam
- Seminarzeiten täglich von 10.00 - 16.00 Uhr, inklusive Pausen
- Teilnehmende: Mitarbeitende (und ggf. Kooperationspartner) aus den drei HSI Projektfeldern
- Inhalte:
  - Grundlagen über Aggression und Gewalt
  - Rechtliche Rahmenbedingungen
  - Beispiele für Präventions- und Interaktionsmaßnahmen
  - Vermittlung von Selbstschutztechniken
  - Berücksichtigung der Erfahrungen der Teilnehmenden

### **Anforderung an das Angebot**

- Leistungsbeschreibung
- Kalkulation unter Berücksichtigung der ESF Fördergrundsätze
- Nachweis Kompetenzprofil
  - ausgewiesene Expertise im Bereich Deeskalation, Antigewaltarbeit in Feldern der sozialen Arbeit / Gesundheitsberufen
  - Referenzen

- Darstellung der im Workshop eingesetzten Methoden
- Eigenerklärung Zuverlässigkeit: Bieter haben die anliegende Erklärung zu unterschreiben und mit dem Angebot einzureichen.

### **Form und Frist der Angebote**

Die Angebote sind in deutscher Sprache und in schriftlicher Form per Post in einem verschlossenen und mit "Angebot über Dienstleistungen im Projekt HSI Netzwerkkoordination" gekennzeichneten Umschlag bis zum **1. April 2019 12.00 Uhr** an die oben genannte Adresse zu richten. Die Angebote müssen unterschrieben sein. Es können nur vollständige und fristgerechte Angebote berücksichtigt werden. Der Zuschlag wird spätestens am **4. April 2019** erteilt. Bis zu diesem Zeitpunkt sind die Bieter an ihr Angebot gebunden.

### **Zuschlagskriterien**

- Bedarfsgerechte Darstellung der geforderten Leistungen
- Kompetenzprofil der Bietenden
- Wirtschaftlichkeit des Angebots

### **Vertragsbedingungen**

Die Leistungserbringung erfolgt am 23. und 24. Oktober 2019. Die Rechnungslegung soll unmittelbar nach Leistungserbringung erfolgen. Rechnungen sind 14 Tage nach Rechnungslegung zur Zahlung fällig.

## Eigenerklärung

### Ich erkläre/Wir erklären, dass

- mein/unser Unternehmen gewerberechtlich ordnungsgemäß angemeldet ist, bzw. entsprechende gewerberechtliche Erlaubnisse erteilt wurden.
- Mein/unser Unternehmen im entsprechenden Register eingetragen ist, sofern dies gesetzlich vorgeschrieben ist.
- eine Betriebshaftpflichtversicherung abgeschlossen wurde.
- die für die Ausführung der Leistung vorgesehenen Personen entsprechend zertifiziert, bzw. qualifiziert sind.
- ich/wir meinen/unseren Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung nachgekommen bin/sind und ermächtigen den Auftraggeber, Auskünfte über die Meldedateien personenunabhängig einzuholen bzw. lege(n) diese auf Verlangen des Auftraggebers vor.
- ich/wir meinen/unseren Verpflichtungen der Beiträge zu den Krankenversicherungen und Berufsgenossenschaften nachgekommen sind und auch weiterhin nachkommen.
- ich/wir in den letzten zwei Jahren nicht zu einer Geldbuße gemäß § 21 Arbeitnehmerentendegesetz bzw. § 16 Mindestarbeitsbedingungengesetz von mehr als 2.500 € belegt worden bin/sind und mir/uns kein aktueller Verstoß gegen die o.a. Vorschriften und kein anstehender Bußgeldbescheid gegen das Unternehmen bzw. die verantwortlich handelnde(n) Person(en) betrifft/betreffen oder bekannt ist.
- mir/uns nicht bekannt ist, dass im Berliner Korruptionsregister eine Eintragung vorliegt, die das Unternehmen bzw. die verantwortlich handelnde(n) Person(en) betrifft/betreffen.
- ich/wir die gewerberechtlichen Voraussetzungen für die Ausführung der angebotenen Leistungen erfülle(n),
- zum Zeitpunkt der Angebotsabgabe über mein/unser Vermögen nicht das Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzliches Verfahren eröffnet oder Antrag auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens gestellt ist oder dieser Antrag mangels Masse abgelehnt worden ist,
- ich/wir die staatlichen Sicherheitsvorschriften (insbesondere Arbeitsschutzgesetz, Arbeitssicherheitsgesetz einschließlich der dazugehörigen Rechtsverordnungen, insbesondere ArbeitsstättenV, DruckluftV, GefahrstoffV, BetriebssicherheitsV, PSA-BenutzungsV, LastenhandhabungsV) und die Sicherheitsvorschriften der Berufsgenossenschaften einhalten,
- die Bestimmungen gegen Schwarzarbeit, illegale Arbeitnehmerüberlassung und gegen Leistungsmissbrauch i.S.d. Dritten Sozialgesetzbuches, des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes, bzw. des Gesetzes zur Bekämpfung der Schwarzarbeit einhalten.

Ich bin mir/Wir sind uns bewusst, dass eine wissentlich falsche Erklärung meinen/unseren Ausschluss von weiteren Auftragserteilungen zu Folge haben und mein/unser Unternehmen bis zur Dauer von zwei Jahren von der Vergabe öffentlicher Aufträge ausgeschlossen werden kann.

\_\_\_\_\_  
(Ort, Datum)

\_\_\_\_\_  
(Unterschrift, Firmenstempel)